

1 **Antrag IA3**

2 **Antragssteller: Landesvorstand**

3 **Für ein Recht auf eine berufliche Qualifizierung: Ausbildungsgarantie jetzt!**

4 Gemeinsam mit Bildungsverbänden, Gewerkschaften, Unternehmerinnen und Unternehmern haben
5 wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten das Projekt Ausbildungsgarantie ins Leben gerufen:
6 Vor über einem Jahr haben wir auf dem SPD-Landesparteitag ein umfassendes Papier beschlossen
7 und damit einen neuen Vorstoß in der berufsqualifizierenden Ausbildung gewagt. Unsere Positionen
8 sind heute aktueller denn je und bilden die Grundlage unserer weiteren politischen Arbeit. Während
9 andere Bundesländer wie Hamburg und NRW sich auf diesen Weg gemacht und weitreichende Re-
10 formen für einen besseren Übergang von der Schule in den Beruf eingeleitet haben, herrscht in Hes-
11 sen auch mit Schwarz-Grün Stillstand. Dadurch verschlechtert sich die Ausbildungssituation junger
12 Menschen in Hessen weiterhin.

13 Die CDU-geführte Landesregierung hat sich in der Vergangenheit mit dem Ausbildungsproblem vieler
14 junger Menschen nur unzureichend und mit unzureichendem Erfolg gewidmet. Reformvorschläge
15 aus der Bevölkerung, Verbänden und der Wissenschaft wurden nicht umgesetzt. Die Mittel für Aus-
16 bildungsförderung, insbesondere für Benachteiligte, wurden gekürzt oder durch das überarbei-
17 tungswürdige Übergangssystem fehlgeleitet. Noch immer produziert das selektive Schulsystem Bil-
18 dungsverlierer. Durch vermeidbare Bürokratie und Kompetenzwirrwarr werden Zugänge erschwert.
19 Auch die Betriebe zeigen wenig Bereitschaft, sich an der Aufgabe Ausbildung zu beteiligen.

20 Das müssen wir ändern – mit einem Recht auf Ausbildung und auf berufliche Qualifizierung. Wir
21 brauchen ein auf zehn Jahre angelegtes Programm, das jedem jungen Menschen ohne Ausbildung
22 und Berufsqualifikation in Hessen unter 35 Jahre ein Ausbildungsangebot garantiert, zugeschnitten
23 auf die individuelle Ausgangssituation der Betroffenen und orientiert am Erfolgsmodell der dualen
24 Ausbildung.

25 **Denn kein junger Mensch in Hessen darf zurückgelassen werden. Deshalb fordern wir hessischen**
26 **Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten: Kein Abschluss ohne Anschluss – Ausbildungsgarantie**
27 **jetzt!**

28 **I. Situation in Hessen**

29 Rund 18.640 junge Menschen unter 25 Jahren waren im September 2014 in Hessen arbeitslos ge-
30 meldet. Damit lag die Jugendarbeitslosenquote in Hessen mit 5,8% über dem Durchschnitt der west-
31 deutschen Länder. Im Jahr 2013 standen in Hessen 7.563 unvermittelte Bewerberinnen und Bewer-
32 ber 2.030 unbesetzt gebliebenen Ausbildungsplätzen gegenüber.

33
34 Etwa ein Sechstel der jungen Menschen bis 35 Jahre in Hessen besitzt keine Berufsausbildung, aus
35 dieser Gruppe stammt rund die Hälfte der Arbeitslosen in dieser Altersklasse. Noch immer verlassen
36 Jahr für Jahr zu viele Schülerinnen und Schüler die Schule ohne einen qualifizierten Abschluss. Jähr-
37 lich beginnen rund 17.000 Jugendliche in Hessen nach der Schule weder eine Ausbildung noch ein
38 Studium, sondern finden sich in den sogenannten „Übergangssystemen“ wieder. Einige dieser Ange-
39 bote vermitteln in berufsqualifizierender Hinsicht keine oder nur eine unzureichende formale Quali-
40 fikationen und vertagen oft das Problem nur. Das Angebot von Maßnahmen ist breit, unübersichtlich,
41 in vielen Fällen nicht zielgerichtet und überarbeitungsbedürftig.

42

43 Eine berufsqualifizierende Ausbildung ist jedoch unverzichtbare Voraussetzung für die Teilhabe an
44 Arbeit und die Fähigkeit, seinen Lebensunterhalt autonom zu erwerben. Qualifikation und Teilhabe
45 an Arbeit bedeuten auch soziale Inklusion und gesellschaftliche Teilhabe. Eine berufliche Qualifikati-
46 on verringert das Risiko von (Langzeit-)Beschäftigungslosigkeit oder prekärer Beschäftigung.
47

48 **II. Ausbildungsgarantie mit einer Qualifizierungsoffensive für Hessen erreichen**

49 **1. Die Ausbildungsgarantie beginnt in den allgemeinbildenden Schulen!**

50 Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sehen auch die allgemeinbildenden Schulen
51 in der Pflicht, bei Schülerinnen und Schülern, deren Schulabschluss gefährdet ist, besondere
52 Unterstützungs- und Fördermaßnahmen einzuleiten. Dazu gehören insbesondere Angebote
53 der Schulsozialarbeit und verschiedene berufsvorbereitende Maßnahmen wie z.B. Praktika
54 oder berufsorientierende Projekte inklusive einer Analyse der vorhandenen Stärken und
55 Schwächen. Deshalb fordern wir, dass Maßnahmen zur Unterstützung eines erfolgreichen
56 Starts in eine berufliche Ausbildung bereits ab der Jahrgangsstufe 8 beginnen müssen.
57

58 **2. Junge Menschen qualifizieren!**

59 Damit junge Menschen die ihnen fehlenden (Teil-)Qualifizierungen nachholen können, müs-
60 sen ihnen passende Angebote unterbreitet werden. Diese Angebote müssen den individuel-
61 len Qualifikationen und Lebenssituationen Rechnung tragen. Hierbei sollen berufliche Schu-
62 len und Ausbildungsbetriebe und -einrichtungen partnerschaftlich zusammenarbeiten und
63 ihre Ressourcen bündeln.
64

65 **3. Ausbildung abschließen!**

66 Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen, dass möglichst viele junge Men-
67 schen über eine duale Ausbildung qualifiziert werden, da die Nähe zur betrieblichen Praxis
68 die spätere Übernahme positiv beeinflussen kann. Auf jeden Fall sollten die Jugendlichen
69 nach Möglichkeit zum Abschluss in einem anerkannten Ausbildungsberuf nach Berufsbil-
70 dungsgesetz geführt werden. Vorhandene Teilqualifikationen sollen genutzt und angerechnet
71 werden. Für die jungen Menschen, die (noch) nicht in eine duale Ausbildung vermittelt wer-
72 den können, wird es aber auch weiterhin schulische Qualifizierungsangebote geben. Jugend-
73 liche in Ausbildung, deren erfolgreicher Abschluss gefährdet ist, weil sie in der schulischen
74 bzw. der betrieblichen Ausbildung oder im Sozialverhalten erhebliche Defizite aufweisen, sol-
75 len ausbildungsbegleitende Hilfen erhalten.
76

77 **4. Verbindliche Übergangsbegleitung schaffen!**

78 Neben reinen Ausbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen sind die Unterstützungsbedarfe
79 so vielfältig wie die jungen Menschen selbst. Deshalb muss es eine auf den Einzelnen oder
80 die Einzelne passgenau zugeschnittene verbindliche Übergangsbegleitung bis zum erfolgrei-
81 chen Abschluss geben.
82

83 **5. Übergangssystem reformieren!**

84 Die bisherige Ausgestaltung des Übergangs zwischen Schule und Berufsausbildung in Hessen
85 ist nicht effektiv genug, um einen erfolgreichen Übergang von der Schule in den Beruf für alle
86 Jugendlichen sicherzustellen. Das Übergangssystem von der Schule in den Beruf muss zum
87 Unterstützungssystem werden, zu einem "Übergangsbereich" mit einem hohen Anspruch an
88 Qualität und dem Ziel, den Einstieg in das Erwerbsleben zu ermöglichen. Das gelingt noch
89 nicht, weil das Übergangssystem vor allem zur Entlastung des Ausbildungsmarktes entstan-
90 den ist. Zugänge und Maßnahmen orientieren sich zu sehr an Zuständigkeiten und zu wenig
91 am Förderbedarf der jungen Menschen. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten
92 fordern deshalb: Das Übergangssystem muss entschlossen und grundlegend reformiert wer-
93 den!

94
95
96
97
98
99
100
101
102
103
104
105
106
107
108
109
110
111
112
113
114
115
116
117
118
119
120
121
122
123
124
125
126
127
128
129
130
131
132
133

6. **Angebote koordinieren und steuern: Hilfen aus einer Hand statt bürokratischem Wirrwarr!**

Die vielfältig vorhandenen Angebote unterschiedlichster Träger (Arbeitsagentur, Jobcenter, EU-, Bundes- und Landesprogramme, freie Träger, berufliche Schulen) müssen auf ihre Wirksamkeit hin überprüft und an den Bedürfnissen des einzelnen Jugendlichen ausgerichtet werden. Das Land muss hierbei eine koordinierende Steuerungsfunktion übernehmen, die regionale Ebene sollte aufgrund der örtlichen Gegebenheiten die Entscheidung über die Umsetzung haben. Erforderlich sind die verbindliche Vernetzung der beteiligten Akteure und eine optimale Bündelung der flankierenden Maßnahmen. Die Beteiligten wie Betriebe, Schule, Arbeitsagentur, Kommunen, Land, freie Träger usw. müssen regional kooperieren.

Das Land Hessen muss dabei die Unterstützungs-, Beratungs- und Qualifizierungsleistungen der verschiedenen zuständigen Stellen an der Schnittstelle von Schule zum Beruf so koordinieren, dass Jugendliche Beratung und Unterstützung bei einer gemeinsamen Anlaufstelle erhalten können („Hilfen aus einer Hand“). Jeder und jede soll nur einen Ansprechpartner haben, der gemeinsam mit den betroffenen jungen Menschen die individuelle Situation analysiert und ein passgenaues Konzept für den Weg zu einer abgeschlossenen beruflichen Qualifikation entwickelt. In Zusammenarbeit mit allen zuständigen Trägern sorgt das Land Hessen dafür, dass berufsvorbereitende Maßnahmen auf langfristige Erfolge ausgelegt werden – ohne Förderlücken und „Warteschleifen“.

7. **Finanzielle Mittel sinnvoll bündeln!**

Auch muss das Land Hessen die finanziellen Mittel zur Unterstützung des Übergangs von Schule in den Beruf stärker bündeln und befristete und regional begrenzte Förderprojekte durch verlässliche und verstetigte Unterstützungsstrukturen ersetzen. Dabei sind alle Maßnahmen bezüglich ihrer Erfolgsquote zu evaluieren.

8. **Ausbildungsbetriebe begleiten und unterstützen!**

Gerade Klein- und Mittelbetriebe, die nur wenige Plätze in der dualen Ausbildung haben, fühlen sich zunehmend mit den sozialen Herausforderungen überfordert. Diese Betriebe müssen (wieder) für die duale Ausbildung gewonnen werden. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten fordern deshalb eine Unterstützung ausbildender Betriebe, damit diese sich an der gemeinsamen Aufgabe Ausbildung beteiligen können. Sie müssen Unterstützung durch außerbetriebliche Kräfte erhalten, die ihnen ggf. erforderliche sozialpädagogische Bedarfe abnehmen. Dazu sind feste Ansprechpartner erforderlich, sowohl für den Betrieb als auch für die jungen Menschen. Hier treten als dritte Partner die Anbieter von sozialpädagogischen Leistungen der Jugendhilfe und die erfahrenen Beschäftigungsträger im Sinne einer "trialen" Ausbildung hinzu.

Begründung: erfolgt mündlich.